

Die 52. Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften e.V. fand vom 13.-15.3. in Würzburg statt.

Es waren 104 Personen und 20 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Gemeinsam mit den Gremienmitgliedern und Gästen aus Landesstud*innenvertretungen, Bundesfachschaftentagungen, Student*innenschaften und der europäischen Student*innenvertretung wurden Positionen des Verbandes erörtert. Wir danken der Student*innenvertretung der Uni Würzburg für ihre Gastfreundschaft, allen Teilnehmer*innen und insbesondere den Antragsteller*innen für die Arbeit im Verband.

Die Mitgliederversammlung hat folgende Anträge beschlossen:

- Hochschulwatch.de tatkräftig unterstützen
- Ärztliche Atteste statt gläserner Studis bei Prüfungsunfähigkeit
- Anforderungen an das Promotionsrecht
- Menschenrechte sind nicht verhandelbar
- Hochschule für alle: Hochschulzugang für Geflüchtete ermöglichen!
- Lernfabriken ...meutern!
- Unterstützung der Verfassungsbeschwerde zur Anwendung nichtveröffentlichter Prüfungsordnungen
- Bündnis freie Bildung unterstützen
- Der fzs gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus
- Entscheidungen des Frauenplenums ernst nehmen
- Aufruf gegen den Naziaufmarsch am 15. März 2015 in Würzburg
- Änderungen des Zweck des Vereins erleichtern
- Streiche: Aufhebung des Vereins

Der Ausschuss der Student*innenschaften besteht nun aus den Student*innenschaften der Hochschulen: U Augsburg, U Bonn, HTW Dresden, U Heidelberg, U Konstanz, U Lüneburg, U Passau und U Würzburg

Der Kassenprüfungsausschuss des fzs besteht nun aus Heike Wehage, Bastian Saß und Florian Pranghe.

Das 2. Frauenplenum schlägt Antje Behler (U Konstanz) als Frauenbeauftragte innerhalb des Antidiskriminierungs-Teams (Antidiskriminierungsbeauftragte) vor.

Astrid Wriedt (HKS Ottersberg) wurde in den Ausschuss Verfasste Student*innenschaft/ Politisches Mandat gewählt.

David Voullaire, Franziska Wagner (beide U Mannheim) und Lina Taube (TU Berlin) wurden in den Ausschuss Frauen- und Genderpolitik gewählt.

Heraldo Hettich und Tobias Panthel (beide U Bonn) wurden in den Ausschuss Hochschulfinanzierung und -struktur gewählt.

Christian Cordts (U Göttingen) wurde in den Ausschuss Studienreform gewählt.

Die folgende Zusammenstellung der Anträge ist vorläufig und ersetzt nicht das Protokoll. Im Zweifel gelten die Formulierungen aus dem Protokoll.

Inhaltliche Anträge

Hochschulwatch.de tatkräftig unterstützen

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) tritt für das Projekt Hochschulwatch.de ein. Der fzs wird das Projekt insbesondere tatkräftig unterstützen durch:

- Bewerbung auf der Homepage des fzs für hochschulwatch.de
- (Mit-)Versendung eines Aufrufs an alle Hochschulen sich an dem Projekt inhaltlich zu beteiligen
- Innerhalb der Verbandsstrukturen auf das Projekt aufmerksam zu machen
- Weiterhin die vereinbarte finanzielle Unterstützung zu leisten und Student*innenschaften (mit-)anzuworben
- Beiträgen von Student*innenStudent*innenschaften an das Projekt weiterleiten
- Inhaltliche Beiträge (Themenseiten) von Freiwilligen in das Wiki einpflegen
- Das Angebot durch Medienarbeit noch bekannter machen
- Weitere Daten für das Projekt zu recherchieren, um die Community wieder zu beleben
- Der fzs kämpft für Transparenz in der Wissenschaft, denn dies ist eine der Grundvoraussetzungen für ihre Freiheit. Hochschulen müssen ihre Verbindungen zur Wirtschaft meist nicht offenlegen. Das muss sich ändern!

Weiterhin fordert der fzs:

- Die Offenlegung aller Verträge zwischen Wirtschaft und Wissenschaft
- Verpflichtende Sponsoringberichte der Hochschulen (Drittmittelhaushalt)
- Die Einbindung von Hochschulen als Informationsgeber in die Informationsfreiheitsgesetze
- Eine öffentliche, konkurrenzlose Ausfinanzierung der Hochschulen von Landes- und Bundesebene.

Ärztliche Atteste statt gläserner Studis bei Prüfungsunfähigkeit

Der fzs sieht die nach dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil 2004 aufgekommene Tendenz an einigen Hochschulen, bei Krankmeldung von Prüfungen zusätzlich zu Attesten noch eine Angabe von Symptomen und eine Freistellung von der ärztlichen Schweigepflicht zu fordern, sehr kritisch. Diese Anforderung ist in vielen Belangen hochproblematisch: Zum einen sind Prüfungsausschüsse und -ämter nicht in der Lage medizinische Beurteilungen vorzunehmen, sodass ihnen keine Entscheidungskompetenz in dieser Sache zukommt/-steht, sie könnten sich aber durch die Symptomangaben berufen sehen, unzulässige Schlüsse bezüglich der Prüfungs- und Studierfähigkeit des Entschuldigten zu ziehen. Wichtiger noch ist die verheerende Wirkung auf die Student*innen, vor allem besonderen Umständen wie Schwangerschaft oder bei sozial sensiblen Erkrankungen wie psychischen Erkrankungen oder Auto-immun-Erkrankungen.

Unabhängig von unseren langfristigen Zielen und der grundsätzlichen Kritik an Prüfungsformen und Attestpflicht fordern wir kurzfristig, dass zur Abmeldung von Prüfungen, der Verlängerung von Bearbeitungsfristen o.ä. aus gesundheitlichen Gründen eine ärztliche Attestierung der Prüfungsunfähigkeit ausreicht. Studierende dürfen nicht dazu gezwungen werden, Diagnosen oder Symptome gegenüber der Hochschule offen zu legen sowie medizinisches Fachpersonal von der Schweigepflicht zu entbinden.

Anforderungen an das Promotionsrecht

Am Promotionsrecht beobachten wir viele Schwächen und fordern diese kurzfristig ab zu schwächen und langfristig durch ein neues Hochschulsystem zu lösen: Für Studierende von Fachhochschulen ist es bisher möglich an der FH zu promovieren, wenn es eine*n Professor*in an einer Universität gibt, der*die Arbeit wissenschaftlich betreut. Die Betreuung vor Ort wird von einem*einer Professor*in der FH vor Ort übernommen. Dies nennt sich kooperative Promotion.

Dies funktioniert in der Theorie, praktisch finden sich jedoch zu wenig Uni-Professor*innen, die solche Kooperationen eingehen.

Eine weitere Möglichkeit ist der Wechsel nach dem Master an eine Universität. Hier sehen Promotionsordnungen häufig Regelungen vor, die Studierende der eigenen Fakultät bevorzugen bzw. andere Studierende ausschließen. Dies widerspricht der Gleichwertigkeit der Masterabschlüsse und führt dazu, dass gerade FH Studierende zusätzliche Kurse besuchen müssen, um zur Promotion zugelassen zu werden.

Aus diesem Grund ist ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Promotionsmöglichkeiten ein transparentes Ausschreibungs- und Auswahlverfahren, welches den Master (oder gleichwertige Qualifikationen) als einzige Zugangshürde zur Promotion zulässt.

Das Promotionssystem ist weiter zu verbessern, indem die Rolle von Prüfer*in und Betreuer*in grundsätzlich getrennt wird. Solange es diese Trennung an Universitäten noch nicht gibt, sind FH Professor*innen bei der Promotionsprüfung als gleichwertige Prüfer*innen zur*zum Uni Professor*in zuzulassen. Dies würde dazu führen, dass auch Universitätsstudierende eine*n zusätzliche*n Betreuer*in brauchen. Die Rollenverteilung zwischen FH- und Universitätsprofessor*innen muss im neuen Modell beide Möglichkeiten zulassen.

Wir erwarten, dass Kooperationsbestrebungen von Universitätsfakultäten nur in begründeten Ausnahmen abgelehnt werden. Dies sollte von den Ministerien geprüft werden. Die Ministerien sollten kooperative Promotionen finanziell unterstützen und weitere Anreize zur kooperativen Promotion schaffen.

Zur einfacheren Vermittlung dieser Kooperationen fordern wir eine zentrale Anlaufstelle zur Vermittlung von Promotionen an Studierende und Absolvent*innen (bzw. gleichwertig Qualifizierte). Alle willigen Promovierenden können auf diese Weise ein passendes Thema in kooperativer Betreuung finden.

Langfristiges Ziel sollte sein, den Hochschulen grundsätzliches Promotionsrecht zuzusprechen. Denn auch mit den zuvor genannten kurzfristigen Forderungen liegt eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung vor, die sich nur auf diese Weise vermeiden lässt. So besteht eine hohe Gefahr, dass Universitäten eine Kooperation mit dem Verweis auf Kapazitäten ablehnen. Ein Promotionsrecht an Hochschulen würde die Universitäten demnach entlasten.

Die Ungleichbehandlung bezieht sich jedoch nicht nur auf die Student*innen und Professor*innen, sondern auch auf die unterschiedlichen Disziplinen. Disziplinen, die nur an Fachhochschulen gelehrt werden und in denen nur dort geforscht wird, werden systematisch von der strukturierten Wissenschaft ausgeschlossen. Die Weiterentwicklung dieser Disziplinen im Rahmen von Promotionen ist dringend notwendig und wird durch Elitedenken verhindert.

Insgesamt würde das Promotionsrecht für Fachhochschulen eine Stärkung der angewandten Forschung bedeuten. Die Forschung an Fachhochschulen gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Die Grenzen zwischen den Hochschultypen verschwimmen zunehmend. Die Studiengänge sind seit der letzten Reform gleichwertig und auch der Zugang zu Universitäten wurde geöffnet. Wesentliche Unterschiede sind noch die unterschiedliche finanzielle Ausstattung und die formale Qualifikation der Professor*innen. Die Benachteiligung der Fachhochschulen in der Hochschulfinanzierung hält diese künstlich klein und verhindert oftmals eine stärkere Forschungsausprägung. Eine Versagung des Promotionsrechts an Fachhochschulen vor dem Hintergrund der geringeren Forschungsaktivitäten ist also vor allem eine Forderung nach mehr Geld für Fachhochschulen.

Die unterschiedliche formale Qualifikation der Professor*innen führt zu keinem Qualitätsunterschied der Forschung sondern ausschließlich zu unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Habilitation als einzigen Weg zum Doktorvater*mutter zu betrachten ist eine gewagte Absage an das Lernen in anderen Strukturen. Wer FH-Professor*innen zur Zeit schon in kooperativen Promotionen die Betreuung der Promovierenden überlässt, erkennt die Forschungsleistung der FHs an.

Zusammenfassend fordern wir, dass kurzfristig die aktuellen Promotionsbedingungen (für Fachhochschulstudierende) verbessert und ausgebaut werden. Diese Forderung beinhaltet einen Appell an das Ministerium, ein Augenmerk auf die Kooperation zwischen Universitäten und Hochschulen zu legen und Anreize für Kooperationen zu schaffen. Um Kapazitätsproblemen entgegenzuwirken, würde soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden. Das Verhältnis von Betreuer*in, Prüfer*in und Promovend*in muss ebenfalls neu geklärt werden.

Da diese Regelungen jedoch nicht allen Problemen entgegenwirken, ist langfristig ein gleichwertiges Promotionsrecht von Fachhochschulen notwendig.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar

Noch immer werden weltweit täglich Menschen in ihren Menschenrechten verletzt. Seien dies nun die Rechte von Frauen*, von LGBTI* oder Asylsuchende, um nur einige besonders betroffenen Gruppen zu nennen. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema muss in Zukunft ein zentrales Thema des Verbandes sein. Die Wahrung von Menschenrechten sind nicht nur die Grundpfeiler einer freien und demokratischen Gesellschaft, sondern auch die Grundpfeiler jeglichen wissenschaftlichen Handelns und jeglicher Auseinandersetzung von Student*innen wie Wissenschaftler*innen mit den Fragen der Zeit. Eine Sache die in einigen Ländern bis heute nur unter Verfolgung, Folter und Tod möglich ist. Daher ist es auch unsere Pflicht hierbei verstärkt aktiv zu werden. Der fzs erklärt daher:

Der fzs wird nicht mit Unternehmen kooperieren, die selbst, deren Tochter- oder Zulieferbetriebe sowie Vertriebspartner*innen, Menschenrechte missachten.

Der fzs wird an keinen Tagungen in Ländern, in denen konsequent die Menschenrechte missachtet werden, teilnehmen. Mitgliederschaftstaktische Gründe dürfen hierbei kein Argument für eine Teilnahme sein.

Auf internationaler Ebenen wird sich der Verband verstärkt dem Thema Menschenrechte zuwenden. Dabei wird der Verband Kontakt zu Menschenrechtsaktivist*innen herstellen und Student*innenschaften vor Ort bei ihrem Einsatz für Menschenrecht unterstützen.

Der Verband wird sich selbstkritisch mit seiner eigenen Arbeit im Bereich der Menschenrechte in der Vergangenheit auseinandersetzen und daraus Schlüsse für die Zukunft ziehen.

Hochschule für alle: Hochschulzugang für Geflüchtete ermöglichen!

Für kaum eine gesellschaftliche Gruppe bestehen so viele Zugangshürden zum deutschen Bildungssystem wie für Asylbewerber*innen. Behördliche Studienverbote und andere bürokratische Hindernisse, die Unmöglichkeit der Studienfinanzierung und unzureichende Kapazitäten in Studienkollegs zeugen von einem strukturellen Rassismus, der unsere Gesellschaft durchzieht. Somit wird das Menschenrecht auf Bildung unterwandert und die gesellschaftliche Teilhabe dieser Gruppe verwehrt. Als Studierende und Mitglieder der Hochschulen sind auch wir Teil solcher diskriminierenden Strukturen und Ausschlussmechanismen und damit mitverantwortlich für ihre Beibehaltung oder Überwindung. Unter anderem folgende Hürden gilt es politisch zu überwinden:

- **Studierverbote:** In einigen Bundesländern (z.B. Berlin, Brandenburg, Thüringen) erteilen Ausländerbehörden vielen Asylbewerber*innen "individuelle" Studierverbote, die als Auflage während des langjährigen Asylverfahrens zu beachten sind.
- **Studienkolleg:** Schulabschlüsse aus vielen Ländern, deren Schulsysteme z.B. "nur" 11 Schuljahre vorsehen, werden in Deutschland nicht als ausreichende Qualifikation für ein Hochschulstudium anerkannt. Für Studieninteressierte aus diesen Ländern ist der Besuch eines einjährigen Studienkollegs zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium verpflichtend. Doch die Plätze im Studienkolleg, auf die sich auch viele "Bildungsinländer*innen" ohne Abitur bewerben, sind viel zu knapp. Dies stellt einen weiteren effektiven Ausschlussmechanismus dar.
- **uni-assist:** Das Bewerbungsverfahren für ausländische Student*innen regeln viele deutsche Hochschulen mittlerweile über den privaten Verein "uni-assist e.V.", der durch hohe Gebühren, schlechte Erreichbarkeit, häufig intransparente Entscheidungen und mangelnde institutionelle Anbindung an die Universitäten (und deren Mitbestimmungs- und Kontrollstrukturen) für ausländische Studierende generell eine erhebliche Hürde darstellt. Hiervon sind auch Geflüchtete im Besonderen betroffen.
- **Zeugnisse:** Ohne vollständige Zeugnisdokumente ist an vielen Hochschulen keine Bewerbung möglich (vor allem nicht über "uni-assist"). Menschen, die fliehen müssen, haben aber häufig keine Gelegenheit, ihre Dokumente mitzunehmen und können sie in vielen Fällen auch später nicht besorgen. In manchen Ländern werden Zeugnisse und andere Dokumente von Behörden als Druckmittel zurückgehalten, um Menschen an der Flucht zu hindern, zur Rückkehr zu nötigen oder sie (wie z.B. im Sudan) zum Militärdienst in Kriegsgebieten zu zwingen.
- **Krankenversicherung:** Hochschulen dürfen nach Bundesrecht nur Menschen mit Krankenversicherung zur Immatrikulation zulassen – für Asylbewerber*innen, deren begrenzte Gesundheitsversorgung im Einzelfall über das Sozialamt geregelt wird, ist das eine weitere Hürde, die ggf. nur durch private Krankenversicherungen zu umgehen ist: ein weiterer Kostenfaktor.

- Finanzierung: Die Studienfinanzierung ist für Geflüchtete fast unmöglich: Von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz sind Studierende pauschal ausgeschlossen; der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für Asylbewerber*innen stark eingeschränkt bis vollständig versperrt; BAföG-berechtigt sind sie mangels in Deutschland arbeitender Eltern oder eigener Arbeitsmarkterfahrung im Normalfall nicht, was sie auch von Stipendien der vom Bund finanzierten Stiftungen ausschließt.
- Visa: Für einen Hochschulzugang via Student*innenvisum schließlich ist bislang der Nachweis großer Geldvermögen oder wohlhabender Bürger*innen notwendig. Eine vereinfachte Vergabe von Student*innen visa an Geflüchtete würde diesen sofort eine Perspektive bieten.

Im Sinne der Umsetzung des Rechts auf Bildung für alle fordern wir den Abbau aller Zugangsbarrieren für ausländische Studieninteressierte unter Berücksichtigung der besonderen Umstände Geflüchteter. Dies beinhaltet auch die aktive finanzielle und organisatorische Unterstützung ihrer Studienvorhaben.

Lernfabriken ...meutern!

Die unternehmerische Hochschule ist gescheitert! Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass das unternehmerische Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung von Bildung und Wissenschaft, der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden nicht gerecht wird. Die Rücknahme der Studiengebühren in ganz Deutschland war ein erstes Zeichen dafür, dass die Vorstellung von Hochschulen als Unternehmen und Bildung als Ware nicht mehr zu rechtfertigen ist. Nun stehen gegen die Abhängigkeit der Wissenschaft von unter anderem privatwirtschaftlichen Interessen und die hierarchischen Entscheidungsstrukturen die bundesweite Demokratisierung der Bildungsinstitutionen sowie die Neuausrichtung der Wissenschaft für das Allgemeinwohl. Bundesweit werden immer mehr Bestrebungen deutlich, Hochschulgesetze entgegen dem neoliberalen Dogma zu novellieren, die Zivilklausel-Bewegung gewinnt immer mehr an Zulauf und das G8-Gymnasium befindet sich auf dem Rückzug. Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass ein anderes Bildungssystem möglich ist. Nun ist es unsere Aufgabe, in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Akteur_innen, für ein demokratisches, emanzipatorisches und erkenntnisorientiertes Bildungssystem zu kämpfen. Leistungsdruck, undemokratische Strukturen sowie Unterfinanzierung müssen der Vergangenheit angehören. Mit folgenden Forderungen wollen wir die Landesregierungen daher an ihre Verantwortung erinnern:

- Die Ausfinanzierung der Hochschulen für gute Lehre und Forschung und die damit verbundene Beendigung der Abhängigkeit von Wissenschaft von Profitinteressen
- Die Öffnung der Hochschulen durch die Abschaffung aller Bildungsgebühren
- Die Demokratisierung der Hochschulen durch die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen und eine demokratisch und nicht unternehmerisch geprägte Entscheidungsstruktur
- Würdevolle Arbeitsbedingungen für Lehrende und Mitarbeitende
- Die Gewährleistung einer allgemeinwohlorientierten Wissenschaft durch die gesetzliche Verankerung einer Zivil- und Transparenzklausel

Es muss ums Ganze gehen! Das Bildungssystem ist Teil dieser Gesellschaft! Die Ausrichtung der Wissenschaft, die Gestaltung von Studium und Lehre und die Bedingungen, unter denen gelernt und gearbeitet wird, dürfen nicht von einer Statusgruppe gegen die anderen durchgedrückt werden. Ebenso wenig darf der Zugang zur Hochschule ein Privileg sozial Begünstigter bleiben. Vor allem Menschen aus prekären Verhältnissen oder mit sogenanntem "Migrationshintergrund" werden hier strukturell benachteiligt. Gerade in Bildungsinstitutionen muss eine Kultur der Demokratie und der Nachhaltigkeit gelebt werden.

Ob Schüler*innen, Auszubildende, Student*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, wir alle sind dem gleichen Problem ausgesetzt: dem Bildungssystem. Aus diesem Grund sind wir nicht auf unseren eigenen Vorteil innerhalb dieses Systems aus, sondern fordern ein solidarisches Bildungssystem für alle Menschen! Eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen und des gesamten Bildungssystems geht daher mit einer ebenso entschlossenen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einher.

Wir sind alle ein bedeutender Teil dieser Auseinandersetzung und haben es in der Hand, zusammen mit Gewerkschaften, Lehrenden und Forschenden, die Alternative zur derzeitigen Bildungspolitik zu realisieren. Aus diesem Grund haben wir uns bundesweit in einem Bündnis zusammengeschlossen und wollen gemeinsam durch unsere Kampagne dafür sorgen, dass die unternehmerische Hochschule auf der Mülldeponie der Geschichte landet!

Unterstützung der Verfassungsbeschwerde zur Anwendung nichtveröffentlichter Prüfungsordnungen

Die Mitglieder des freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften sehen die Notwendigkeit verstärkt, der in den vergangenen Jahren immer weiter gesunkenen Qualität hochschulischer Prüfungsordnungen und -verfahren aktuell auch juristisch entgegenzutreten. In aktuellen gerichtlichen Entscheidungen zum Prüfungsrecht zeigte sich zuletzt, dass Verwaltungsgerichte, die stets berührten grundrechtlichen Positionen (Art. 12 I GG) im Zweifel geringer gewichten als bloße Kapazitäts- und Praktikabilitätsabwägungen der Hochschulen und so das grundlegende Qualitätssicherungsproblem perpetuieren, das auch nach „erfolgreichen“ Akkreditierungsverfahren nicht gelöst ist.

Gerade im Prüfungsverwaltungsverfahren wird zu Gunsten scheinbarer Schnelligkeit gegen grundlegende Regeln des Verwaltungsrechts aber auch der "Grundrechtssicherung durch Verfahren" verstoßen. Hinzu kommen oft schlecht geschulte Mitarbeiter*innen der Prüfungsämter und -ausschüsse sowie bemerkenswerte Beratungsdefizite.

Daher unterstützt der fzs den aktuell dem Bundesverfassungsgericht vorliegenden Jenaer Rechtsstreit gegen die Anwendung nicht veröffentlichter/in Kraft getretener Prüfungsordnungen, auch in Form von Modulkatalogen, und bittet seine Mitglieder um finanzielle Unterstützung und öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Musterverfahren.

Bündnis freie Bildung unterstützen

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) bemüht sich als Unterstützer dem Bündnis freie Bildung beizutreten.

Der fzs gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus

Am 01. Mai 2013 marschierte das mittlerweile verbotene „Freie[s] Netz Süd“ unter dem Motto „Arm trotz Arbeit – Kapitalismus zerschlagen!“ in Würzburg mit dem erklärten Ziel, dort ein Zentrum für ihr Gedankengut in Süddeutschland aufzubauen und versuchte sich dabei als antikapitalistische Bewegung darzustellen. Die antifaschistischen Gegendemonstrant*innen, die sich dem entschlossen entgegenstellten, sind teilweise auch heute noch mit Repression und Gerichtsverfahren für ihr Engagement konfrontiert. 8.000 Gegendemonstrant*innen zeigten damals, dass sie den Faschismus weder in ihrer Stadt noch sonst wo tolerieren. Seither haben sich jedoch leider Zwischenfälle ereignet, wie Drohungen und das Verteilen von Flyern an Anwohner*innen nahe einem Protestzelt von Flüchtlingen im Mai und Juni 2014, Kundgebungen und Infostände der NPD, die neurechten sogenannten „Friedensmahnwachen“ und seit November 2014 einen lokalen PEGIDA-Ableger, zu dem regelmäßig AfD- und NPD-Funktionäre, Verbindungsstudenten sowie bayernweit bekannte Gewalttäter*innen aus der Neonaziszene erscheinen. All diese Ereignisse haben die im erkonservativen Würzburg tief verwurzelte menschenverachtende Ideologie aus Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homo-, Trans- und Interphobie wieder gesellschaftsfähig gemacht oder zumindest den Mut erzeugt, sich mehr oder weniger offen zu diesen Ressentiments zu bekennen. Eine freie Kameradschaft nimmt diese Entwicklung nun zum Anlass, um am 15. März 2015 wieder in Würzburg auf die Straße zu gehen und in ihrer geschichtsrevisionistischen Tradition den sogenannten „Opfern des Alliierten Bombenterrors“ vom 16. März 1945 zu gedenken.

Zur gleichen Zeit, nämlich vom 12.-15. März lädt die Organisation „Kirche in Not“ zu ihrem 5. Internationaler Kongress mit dem Motto „Treffpunkt Weltkirche“ nach Würzburg. Die Organisation ist bekannt dafür, ein christlich-fundamentalistisches, rückwärtsgewandtes Weltbild zu propagieren, spricht von teuflischen und dämonischen Mächten, wenn es um Gleichheit von „Mann und Frau“, die „Homoehe“ oder die von ihnen gehasste „Gender-Ideologie“ geht. Das Nachgehen homosexueller Neigungen sei sündhaft und eine „richtige“ oder „natürliche Familie“ besteht ihrer Ansicht nach aus Mann, Frau und deren gemeinsamen Kindern in einer vor dem christlichen Gott geschlossenen Ehe. Aus diesem Dunstkreis hervorgetan hat sich durch Auftritte in diversen Talkshows und Redebeiträge auf Demonstrationen (z.B. in Stuttgart bei den „Demo[s] für alle“) Gabriele Kuby, deren Einladung als Rednerin auf dem Kongress zeigt, mit was für einem rückwärtsgewandten Weltbild hier Meinung gemacht wird.

Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften stellt sich daher auf die Seite all jener, die am Wochenende vom 13.-15. März 2015 in Würzburg entschieden gegen menschenverachtende Propaganda von Nazis und religiösen Fundamentalist*innen stehen und zeigen, dass Religion, binäre Geschlechtermodelle, Faschismus und Rassismus revisionistische Konzepte einer konservativen Gesellschaft sind, die Angst davor hat im kapitalistischen System von anderen übervorteilt zu werden und gar nicht bemerkt, dass sie hierdurch ein Konkurrenzdenken aufbaut, dass den modernen Kapitalismus erst überlebensfähig macht.

Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften teilt außerdem den folgenden Aktionskonsens des antifaschistischen Bündnisses „wue-nazifrei“:

Grundlage unserer Aktionen ist folgender Konsens:

Wir stellen uns Naziaktivitäten entgegen, um sie zu verhindern
Dabei agieren wir auch mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams
Unsere Blockaden sind Menschenblockaden
Fahnen von Parteien oder Nationen lehnen wir auf Blockaden ab
Wir sind solidarisch mit allen, die unsere Ziele teilen.

In Diesem Sinne: OB FRIEDLICH ODER MILITANT, WICHTIG IST DER WIDERSTAND!

Antrag auf konditionalen Austritt aus der European Students Union

Der fzs wird aus der European Students Union (ESU) austreten, es sei denn, ESU ergreift in Zukunft effektive und kohärente Maßnahmen, Menschenrechte zu achten und zu schützen.

Auf dem letzten Board Meeting (BM) der ESU in Baku, Aserbaidshan zeigten sich große Probleme des Verbandes im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen. Damit sich dies nicht wiederholt, muss ESU sich selbst strenge Regeln für die Durchführung von Veranstaltungen geben und diese auch einhalten. Dies muss so schnell wie möglich, also auf dem nächsten BM, passieren. Weiter hat das Verhalten der aserbaidshanischen Student*innenvertretung gezeigt, dass unter den Mitgliedern der ESU anscheinend auch verlängerte Arme von Regierungen sind. Diese Mitgliedschaften müssen hinterfragt werden und eventuell die betreffenden Mitglieder ausgeschlossen werden.

Wir hoffen, dass ESU es schafft, diesen Reformprozess schnell und konstruktiv durchzuführen. Sollte dies aber nicht der Fall sein, so ist für uns deutlich, dass ESU sich nicht aktiv für die Achtung von Menschenrechten einsetzen möchte. In einem solchen Verband wollen wir dann aber nicht mehr Mitglied sein.

ESU muss sich mindestens folgende Regeln geben:

- Keine Veranstaltung in Staaten durchführen, in denen massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden.
- Keine Veranstaltungen in Staaten durchführen, in denen bewaffnete Konflikte an der Tagesordnung sind.
- Keine Veranstaltungen an Orten durchführen, an denen die persönliche Sicherheit von Delegierten, insbesondere aus marginalisierten Gruppen, nicht garantiert ist.
- Der Missbrauch von ESU Veranstaltungen und Positionen zu Propagandazwecken muss so schwer wie möglich gemacht werden.
- Die eigenen Mitglieder müssen kontinuierlich auf ihre Unabhängigkeit und ihre demokratische Verfasstheit hin überprüft werden. Evident gegen Verbandskriterien verstoßende Mitglieder sind auszuschließen.

Um die Änderungen überhaupt möglich zu machen, ist das Board Meeting in Jerewan, Armenien, vom 7.-11. Mai 2015 noch nicht an diesen Forderungen zu messen. Die letztendlich Entscheidung über den Austritt fällt der AS nach diesem BM anhand der oben angegeben Kriterien.

Initiativanträge

Entscheidungen des Frauenplenums ernst nehmen

Matthias Nick wird aufgefordert zurückzutreten.

Aufruf gegen den Naziaufmarsch am 15. März 2015 in Würzburg

Würzburg... es nimmt kein Ende.

Jeden Montag dasselbe Trauerspiel. Vereint unter dem unseligen Label „Wügida“ tragen Identitäre, Burschschafter und andere rassistische Bürger*innen ihren Wahn auf die Straße und hetzen in unendlich primitiver Art und Weise gegen Ausländer, Medien und Linke.

Doch Pegidazis, Woche für Woche, sind offensichtlich noch nicht genug. Nun haben sich auch noch NPD und Kameradschaft Unterfranken für einen sogenannten Trauermarsch am 15. März angekündigt. Möglicherweise sind sie es leid, unter den rassistischen Wutbürger*innen, zu denen sie sich Montag für Montag gesellen, unterzugehen und möchten nun wieder einmal ein eigenes Zeichen für Menschenverachtung und Wahn setzen.

Aufhänger bietet ihnen dafür der 70. Jahrestag der Bombardierung Würzburgs. Das Konzept und die ideologische Unterfütterung ihres faschistischen Events haben sie dabei nahezu vollständig von ihren Dresdner Kameraden kopiert, welche über Jahre hinweg den größten Naziaufmarsch Europas organisiert haben. Inszeniert wird sich in grotesker Umkehrung der historischen Tatsachen als Opfer der Geschichte.

Die fanatischen deutschen Massen, welche Hitler an die Macht gebracht haben und bis zum Schluss dessen willige Vollstrecker geblieben sind, seien die eigentlichen Opfer des Krieges gewesen. Sie seien dem unmenschlichen alliierten Bombenterror, wahlweise auch Bombenholocaust, zum Opfer gefallen.

Die Neonazis stellen dabei jedoch lediglich die Speerspitze eines revisionistischen Diskurses dar, der seit Jahren versucht, die deutsche Kriegsschuld und das singuläre Menschheitsverbrechen Auschwitz zu relativieren und umzudeuten.

Spätestens seit der von Helmut Kohl beschworenen geistig-moralischen Wende 1982 kann von dem Versuch gesprochen werden, ein konservatives, nationalverträgliches Geschichtsbild zu implementieren, das „die Deutschen“ mit ihrer Geschichte versöhnen und endlich einen Schlussstrich unter die leidige NS-Vergangenheit ziehen möchte.

Das ideologische Rüstzeug für diesen rechten Erinnerungskulturkampf lieferte einige Jahre später, wie kein anderer, Ernst Nolte im sogenannten Historikerstreit. Nahezu alle Lügen und Relativierungen, auf die sich Revisionist*innen, Revanchist*innen und offene Faschist*innen heute beziehen, um ihre Propaganda salonfähig zu machen, finden sich exemplarisch bei Nolte wieder.

Als überzeugtem Revisionisten ging es Ernst Nolte in erster Linie darum, den Nationalsozialismus als eine Diktatur unter vielen zu verharmlosen. Damit einhergehen musste zwangsläufig eine Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, die er als bloße Reaktion auf dessen Gegner verstanden wissen wollte. So verharmloste er den Holocaust als „überschießende Reaktion“ auf die Russische Oktoberrevolution und das Gulagsystem. Auch rechtfertigte er die seit Kriegsbeginn einsetzende Internierung der Jüd*innen in

Konzentrationslager als legitime Kriegsmaßnahme, da jüdische Verbände mit einem Boykott deutscher Waren ab 1933 Deutschland de facto den Krieg erklärt hätten und Jüd*innen somit als Kriegsgefangene behandelt werden müssten. Wie die fränkischen Nazis ging auch Nolte von einem Vernichtungskrieg der Alliierten gegen die „unschuldige“ deutsche Zivilbevölkerung aus, die den Krieg und die Nazis so ja nie gewollt hätten.

Eine solche ideologische Sicht der Ereignisse spricht den realen Verhältnissen nicht nur Hohn, sie spuckt ihnen geradezu ins Gesicht.

Den Nationalsozialismus zeichnete ein extremer völkischer Antisemitismus aus, was ihn auch von anderen faschistischen Bewegungen, etwa in Spanien oder Italien, unterschied. Auch war die Eroberung von sogenanntem Lebensraum im Osten von Beginn an ein zentraler Kernpunkt nationalsozialistischer Bestrebungen. Die Deutschen brachten die Nazis nicht trotz, sondern gerade WEGEN dieser zwei zentralen Kernelemente an die Macht und unterstützten Hitler fanatisch, solange er siegreich blieb. Nach Stalingrad und den steigenden Gebietsverlusten sank der Rückhalt für die Nazis in der deutschen Bevölkerung zwar etwas. Nicht jedoch, weil man diese plötzlich ablehnte. Es war vielmehr die Sorge deutscher Täter*innen, für ihre millionenfach verübten Verbrechen im Falle einer Niederlage bestraft werden zu können.

Nolte hat sich mittlerweile auch durch Aussagen wie Israel laufe Gefahr, „der einzige Staat nach dem Herzen Hitlers zu werden“ ins gesellschaftliche Abseits manövriert. Seine Ideen sind jedoch nach wie vor virulent und finden vielfältige Rezeption und Verbreitung.

Popkulturelle Ausdrücke solcher reaktionären Diskurse finden sich in etwas abgeschwächter Form indes auch zuhauf im deutschen Fernsehen.

Bei patriotischen Dramen wie „Dresden“ oder „Unsere Mütter, unsere Väter“ geht es nicht um eine explizite Relativierung des Holocausts im Sinne Noltens. Jedoch findet bei beiden eine gefährliche Viktimisierung der deutschen Bevölkerung und letztlich eine (gar nicht mal so verhohlene) Täter- Opfer-Umkehrung statt.

Der Tenor ist bei beiden Schmonzetten identisch: die guten, jungen Deutschen, sie wollten doch nur ganz normal leben, doch dann kam erst Hitler über sie und dann die Alliierten mit ihren Bomben. Dabei hatten sie doch all das nie gewollt.

So suhlt man sich wohligh in pathetischem Selbstmitleid, zelebriert den deutschen Opfermythos und bereitet letztlich den Nazis den Boden für ihre revisionistischen Gedenkmärsche.

Deshalb gilt:

Mit deutschen Traditionen brechen! Opfermythen angreifen! Nazis am 15. März blockieren!

Satzungsänderungen

Änderungen des Zweck des Vereins erleichtern

Ergänze § 51 (1) der Satzung um: "Eine Änderung des Zwecks des Vereins erfordert eine 2/3-Mehrheit der Stimmen und zusätzlich eine 2/3-Mehrheit der Mitglieder."

Streiche: Aufhebung des Vereins

Streiche in §52(2) der Satzung "oder Aufhebung" und "oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes".